

2016-01-04

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 25.11.2015

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:26 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens
Puttkammer, Michael

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Verwaltung

Hantusch, Joachim

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister Kuras, Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte an, dass die Tagesordnungen für die heutige Sitzung sowie für die Sitzung des Stadtrates am 09.12.2015 sehr umfangreich sind und aus diesem Grund überprüft wurde, welche Tagesordnungspunkte verschoben werden können. Vor diesem Hintergrund werden in der heutigen Sitzung die Ta-

gesordnungspunkte 7.1, 7.2, 8.6, 10.1, 10.2 und 10.3 nicht behandelt. Der Tagesordnungspunkt 8.3 wird ebenfalls nicht behandelt, da sich bei dieser Beschlussvorlage nochmals Änderungen ergeben haben.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte den Antrag, die Tagesordnungspunkte 8.13 und 8.14 vorzuziehen und als Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 zu behandeln. Sollte man sich jedoch im Vorfeld, bis zur Fertigstellung einer neuen Kleingartenkonzeption, auf ein Moratorium einigen, müssten die beiden Punkte heute ebenfalls nicht behandelt werden.

Der von Herrn Oberbürgermeister Kuras vorgeschlagenen Kürzung der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt (09:00:00).

Dem Änderungsantrag von Herrn Schönemann wurde ebenfalls einstimmig zugestimmt (09:00:00).

3 Genehmigung der Niederschriften vom 23.04.2015, 07.10.2015, 20.10.2015 und 21.10.2015

Nachdem es keine Anmerkungen zu den vorliegenden Niederschriften gab, wurden diese zur Kenntnis genommen.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.10.2015 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Jahresabschluss 2014 der MVZ SKD GmbH
- Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD GmbH für das Geschäftsjahr 2014
- Entlastung des Aufsichtsrates der MVZ SKD GmbH für das Geschäftsjahr 2014
- Abrechnung der Zielvereinbarungen 2014 mit der Geschäftsführung der MVZ SKD GmbH
- Grundstücksangelegenheit - Veräußerung eines kommunalen Grundstückes in Dessau-Waldersee, Rotdornweg Erteilung einer Belastungsvollmacht
- Personalentscheidung - Ernennung von Herrn Steffen Kuras zum Leiter des Kulturamtes

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

6 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen vorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Bericht zur Umsetzung des Leitbildes (Jahresbericht 2014) Vorlage: IV/074/2015/VI-61

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

7.2 Prüfauftrag zum Haushalt 2015 - Gewerbesteuer Vorlage: IV/043/2015/VI-80

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, merkte an, dass die vier Niederschriften im Block abgestimmt wurden, was jedoch nicht möglich ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Ausschussbesetzung nicht immer gleich war, daher muss jede Niederschrift einzeln abgestimmt werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** ließ vor diesem Hintergrund über die unter Tagesordnungspunkt 3 behandelten Niederschriften abstimmen.

Niederschrift vom 23.04.2015
Abstimmungsergebnis: 06:00:03

Niederschrift vom 07.10.2015
Abstimmungsergebnis: 07:00:02

Niederschrift vom 20.10.2015
Abstimmungsergebnis: 07:00:02

Niederschrift vom 21.10.2015
Abstimmungsergebnis: 06:00:03

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf das Baugeschehen in Schwerpunktbereichen der Stadt und fragte, wie der Situation entgegengetreten werden soll. Konkret geht es um das Brückenbauwerk 11 (Muldebrücke) sowie um die Ostrandstraße.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass die Angelegenheit in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters besprochen wurde. Für den Bau der Muldebrücke wurde eine erhebliche Zeitverzögerung und Kostensteigerung angezeigt, welche er jedoch nicht ohne eine sehr genaue Prüfung der materiellen und rechtlichen Lage hinnehmen wird. Hierzu wird eine gesonderte Beratung stattfinden. Den Forderungen muss entgegengetreten werden, da diese spürbare Auswirkungen auf die Stadt haben würden. Es wird sich bemüht, die Landesstraßenbaubehörde als Sachverständigen hinzuzuziehen. Um Beweissicherungsverfahren realisieren zu können und über den Sachstand in Kenntnis zu sein, wird die Stadt auf der Baustelle Präsenz zeigen müssen. Zugleich soll der Druck auf die Baufirma erhöht werden. Die Hauptbegründung für die Verzögerung, dass die baulichen und technischen Unterlagen der Brücke nicht mit dem tatsächlichen Zustand der Brücke übereinstimmen, muss exakter

dargelegt werden. Selbst wenn das der Fall wäre, muss überprüft werden, ob dadurch ein Kostenaufwuchs und eine Zeitverlängerung entsteht. Die Verwaltung ist bemüht, die Ansprüche gegen die Stadt abzuwehren.

8 Beschlussfassungen

8.1 Pachterlass für leergefallene Gärten der im Eigentum der Stadt befindlichen Flächen Vorlage: BV/274/2015/Linke

Herr Schönemann, Fraktion die Linke, erklärte einleitend, dass die Zahl der brachfallenden Gärten erheblich zugenommen hat, was größtenteils auf die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt und die Hochwasser in den Jahren 2002 und 2013 zurückzuführen ist. Aufgrund dieser Sachlage wurde festgestellt, dass sich der Stadtverband und die Vereine vermehrt aus Mitgliedern mit einem erheblichen Sozialbedarf zusammensetzen. In den Vereinen wird es des Weiteren immer schwieriger Führungsstrukturen zu sichern. Das Kleingartenkonzept für die Stadt Dessau-Roßlau bedarf einer Überarbeitung, um auf die aktuelle Situation entsprechende Antworten zu geben. Aus diesem Grund macht die Fraktion Die Linke den Vorschlag, ein Moratorium, für alles was Pachtzinsen im Zusammenhang mit dem Stadtverband der Gartenfreunde betrifft, auf den Weg zu bringen, bis man anhand eines neuen Konzeptes genau weiß, wie die eigentliche Sachlage ist. Das könnte im ersten Halbjahr 2016 passieren. Die konzeptionelle Planung ist ohnehin eine Pflichtaufgabe der Stadt. Ebenso ist es eine städtische Aufgabe, dem Stadtverband in diesen Angelegenheiten konzeptionelle Begleitung anzubieten. Bezüglich der Festlegung der Pachtzinsen erklärte er, dass bereits im Ausschuss für Finanzen reagiert wurde. Der erste Ansatz war eine Pachtsteigerung von 75 %. Der Pachtzins wurde zuletzt bei dem Wechsel von D-Mark in Euro angehoben, was noch nicht lange her ist. Zielrichtung ist es, den Stadtverband mit den brachfallenden Gärten nicht zu überfordern, da er aus dieser Situation auch andere Aufgaben ableiten muss, u. a. den Umgang mit dem jetzigen Bestand. Ansatz der Beschlussvorlage ist es, auf eine Erhebung von Pachtzinsen in diesem Bereich zu verzichten. Die Erhebung von 0,01 € wäre eine gute Idee und könnte unterstützt werden, wenn diese Mittel eine Rückstellung darstellen und dazu dienen, bestimmte Aufgaben in Kooperation mit dem Verband zu regulieren. Auf eine Erhöhung des Pachtzinses sollte momentan verzichtet werden, bis Klarheit über eine konzeptionelle Bedeutung besteht. Da dieses Thema eine hohe soziale und städtebauliche Komponente sowie eine Umwelt- und Freizeitkomponente beinhaltet, sollte es in dieser Form diskutiert werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte an, dass es zu diesem Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen ein Prüfauftrag zur Konsolidierung gab und es aus diesem

Grund auf die Tagesordnung gesetzt wurde. **Herr Schönemann** entgegnete, dass unabhängig von diesem Prüfauftrag die Gesamtsituation analysiert wurde und sich dadurch der Schwerpunkt des brachfallenden Bereiches herausgestellt hat. Unmittelbar hat das nichts miteinander zu tun.

Nach Diskussion des Tagesordnungspunktes 8.2 (BV/298/2015/VI-66) wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 02:08:00

-

**8.2 Pachteinnahmen von Kleingärten 1. Prüfauftrag zum Haushalt 2015
"Erhöhung Pachterträge aus Kleingärten" 2. Festsetzung Pachtzins
Vorlage: BV/298/2015/VI-66**

Herr Meister, Stellvertreter des Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung, merkte einführend an, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag gehandelt hat. In diesem Zusammenhang wurden vergleichbare Städte ausgesucht und betrachtet, was für Pachtzinsen erhoben werden. Der erste vorgeschlagene Wert lag bei 0,14 €/m²/Jahr für bewirtschaftete Parzellen und für leergefallene und noch nicht beräumte Pachtgrundstücke bei 0,05 €/m²/Jahr. Nach einer Beräumung würden diese für 0,00 € wieder in den städtischen Besitz zurückgebracht werden. Im Ausschuss für Finanzen wurde seitens der Fraktion Pro Dessau-Roßlau der Vorschlag eingebracht, für bewirtschaftete Flächen 0,12 €/m²/Jahr und für leergefallene Gärten 0,01 €/m²/Jahr zu erheben. Diesem Vorschlag ist die Stadtverwaltung gefolgt. Mit dem Stadtverband hat man bereits besprochen, dass nicht mehr darüber gesprochen werden muss auf 0,00 € runterzugehen, wenn man bei 0,01 € liegt. Das würde bedeuten, dass die Flächen für 0,01 € beim Stadtverband verbleiben. Im gestrigen Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gab es verschiedene Vorschläge zum weiteren Umgang mit der Beschlussvorlage, jedoch wurde diese vertagt und es erfolgte keine Beschlussfassung. Die Vorschläge waren sehr weitreichend, u. a. bei 0,08 €/m²/Jahr für bewirtschaftete Gärten zu bleiben und bei den leergefallenen Flächen auf 0,00 €/m²/Jahr zu senken. Ebenfalls gab es den Vorschlag, bei den 0,12

€/m²/Jahr und 0,01 €/m²/Jahr zu verbleiben und in diesem Zusammenhang darüber nachzudenken, die Mehreinnahmen zusammen mit Fördermitteln für Problemlösungen zu verwenden. Ein hauptsächliches Problem des Stadtverbandes ist es, dass die leergefallenen Grundstücke nicht beräumt werden, obwohl die Verantwortlichkeit gesetzlich klar geregelt ist. Jedoch fehlen vielen Menschen die finanziellen Mittel.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte den Antrag auf Rederecht für Herrn Ludolf, Vorsitzender des Stadtverbandes der Gartenfreunde Dessau e.V. Dem Antrag wurde zugestimmt (08:00:01).

Herr Ludolf erklärte, dass sich die Situation des Stadtverbandes erheblich geändert hat. Bisher gab es viele Rentner, die durchaus in der Lage waren, die abverlangten Kosten zu bezahlen. Ein Kleingarten kostet durchschnittlich zwischen 150 € und 200 € im Jahr. In der letzten Zeit gingen einige Gärten verloren, da diese zurückgebaut werden mussten. Es wurde ein Förderantrag beim Landwirtschaftsministerium gestellt, jedoch ist dieses Vorhaben nicht geglückt. Bei einem erneuten Gespräch stellte sich die Möglichkeit heraus, dass im Januar bzw. spätestens im Februar erneut ein Antrag für Fördermittel zum Abriss von Kleingartenanlagen bzw. einzelnen Gärten gestellt werden kann. Ansonsten besteht keine Finanzierungsmöglichkeit. Der Abriss von 100 Parzellen kostet etwa 250.000 € bis 300.000 €. Es ist gesetzlich geregelt, dass der Kleingärtner verantwortlich ist, bei Kündigung zurückzubauen. Wenn der Kleingärtner das Geld jedoch nicht aufbringen kann, hilft selbst eine Klage nicht. Daher sieht man nur die Möglichkeit einer Realisierung durch Fördermittel. In der Regel müssen 20 % Eigenanteil erbracht werden. Im vergangenen Jahr lagen die Kosten bei etwa 150.000 €, d. h. ca. 30.000 € hätten vom Stadtverband selbst aufgebracht werden müssen, was finanziell abgesichert war. Aufgrund der finanziellen Situation vieler Kleingärtner wäre eine Erhöhung von 0,08 €/m²/Jahr auf 0,12 €/m²/Jahr eine erhebliche Mehrbelastung und einige werden nicht mehr in der Lage sein zu bezahlen. Bereits jetzt werden immer häufiger Teilzahlungen vorgenommen und die Vereine haben erhebliche Probleme das Geld zu bekommen. Dadurch finden sich auch immer schwieriger Personen, die die Vorstandsarbeit machen. An die Mitglieder des Ausschusses richtete Herr Ludolf die Bitte, genau zu überlegen eine Pachterhöhung zu beschließen. Die Diskussion um 0,01 €/m²/Jahr für leergefallene Gärten könnte er akzeptieren. Das wäre viel Geld, das für die Vereine gespart wird.

Herr Schwabe, CDU-Fraktion, gab an, dass dem Kompromissvorschlag im Ausschuss für Finanzen bereits zugestimmt wurde. Man sollte man bei einer Erhöhung des Pachtzinses von 0,12 €/m²/Jahr bleiben, zumal die 0,04 € Erhöhung 16 € im Jahr, also 1,50 € pro Monat, bedeuten. Diese Erhöhung von 0,04 € sollte als Rückstellung für Renaturierung und für planerische Maßnahmen verwendet werden. Dadurch könnte dem Stadtverband geholfen werden. Die Kostenerhöhung ist leistbar, da ein Konzept dahinter steht, wie mit der Erhöhung umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass es für den Stadtverband schwierig ist und er teilt auch die Auffassung, dass die Lage nicht besser wird. In der heutigen Sitzung muss ein vernünftiger Kompromiss zwischen den Erfordernissen des Stadtverbandes und denen der Stadt im Sinne der Konsolidierung gefunden werden.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, sprach sich aufgrund der derzeitigen Situation der Stadt und des Landes gegen eine Diskussion über Erhöhungen für Bürgern aus.

Die Bürger diskutieren, wo das ganze Geld für die Flüchtlinge herkommt. Jetzt wird darüber geredet, die Gartenpachten zu erhöhen. Im vorherigen Jahr wurde die Grundsteuer erhöht. In diesem Zusammenhang wurde auch gesagt, dass es sich nur um ein paar Cent handelt und nicht viel ausmacht. Jetzt haben wir dieselbe Diskussion erneut und es sind auch wieder ein paar Cent. In der momentanen Situation ist diese Diskussion nicht angebracht und spielt den Populisten zu. **Herr Oberbürgermeister Kuras** entgegnete, dass er keinen direkten Zusammenhang zwischen den Themen erkennen kann. Auch von Herrn Ludolf wurde das nicht vorgetragen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass die Grundlage für diese Diskussion in den Haushaltsberatungen und mit einem mehrheitlich beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept für 2015, 2016 und Folgejahre gelegt wurde. Daher handelt es sich um keine neue Diskussion. Bereits im Ausschuss für Finanzen hatte er erklärt, dass nicht jedes Mal wieder vom beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept abgewichen werden kann, nur weil es in der Diskussion unbequem wird. Es sollte ein gewisses Augenmaß behalten werden. Jeder der eine Änderung wünscht, muss gleichzeitig einen Vorschlag bringen, wie dieser Haushaltskonsolidierungsbeitrag in anderer Art und Weise erbracht wird. Es geht nicht, für die bewirtschafteten Pachtflächen bei 0,08 €/m²/Jahr zu bleiben und die leergefallenen Flächen auf 0,01 €/m²/Jahr zu reduzieren, da damit ein zusätzlicher Konsolidierungsbedarf aufgemacht wird. Momentan hat man bei alle Flächen 0,08 €/m²/Jahr. Wenn man den Betrag für die leergefallenen Flächen senkt, gibt es ein Delta, welches nicht nur die bisherigen Haushaltskonsolidierungsvorschläge ad acta legt, sondern auch neuen Konsolidierungsbedarf eröffnet. Hierbei dürfte es sich um 6.000 bis 7.000 € handeln. Das ist nicht viel, jedoch streitet man sich in den Haushaltsberatungen um kleinere Beträge die eingespart werden müssen. Aus diesem Grund hatte er im Ausschuss für Finanzen den Kompromissvorschlag eingebracht, für die leergefallenen Flächen nicht mehr den vollen Pachtzins zu verlangen und auf 0,01 €/m²/Jahr runterzugehen und ansonsten auf 0,12 €/m²/Jahr zu erhöhen. Er plädierte dafür, aus diesen Mehreinnahmen perspektivisch eine Rückstellung zur Gegenfinanzierung von Fördermitteln zu bilden. In diesem Zusammenhang erfragte er, ob diese Möglichkeit überhaupt besteht.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte, dass eine Rücklage prinzipiell möglich ist. Zum Haushalt 2016 merkte sie an, dass es erhebliche zusätzliche Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen geben wird. Diese werden jedoch separat ausgewiesen und Erträge werden dagegengestellt. Die Kosten werden ausdrücklich nicht mit unserer eigenen Konsolidierung vermischt. Den Zusammenhang zwischen Flüchtlingen und Haushaltskonsolidierung stellen nur Menschen her, denen das in ihre Diskussion passt, ansonsten ist diese Diskussion im Moment nicht da.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, bezog sich auf den Vergleich zu den Städten Halle und Magdeburg. In solchen Angelegenheiten kann man sich auch mit Jena vergleichen. Dort wird seit Jahren ein Pachtzins von 0,08 €/m²/Jahr erhoben und ein Rückgang der Gärten ist dort nicht vorgesehen. Das Thema sollte des Weiteren tatsächlich in der Haushaltsdiskussion aufgenommen werden. Er sprach sich außerdem dagegen aus, mit den Pachtzinserhöhungen den Haushalt zu konsolidieren.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte, dass das Thema nicht das geeignetste für die Konsolidierung ist.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte an, dass die Prüfaufträge aufgrund der Problemsituation ausgesprochen wurden. Als Stadt sollte man das einnehmen, was landestypisch ist. Dennoch ist die Situation in Dessau-Roßlau eine andere als in Jena, einer wachsenden Stadt mit einem Durchschnittsalter von 40 Jahren. Eine Erhöhung auf 0,12 €/m²/Jahr und eine gleichzeitige Minderung für leergefallene Flächen sind ein maßvoller Ansatz. Aufgrund des Handlungsbedarfes würde er den Vorschlag unterstützen, dass die Mehreinnahmen für die genannten Maßnahmen zur Verfügung stehen. Bezüglich der Fortschreibung der Konzeption gab er an, dass man mit dem Verband darüber sprechen sollte, welche Gartenanlagen perspektivisch für die Stadt interessant sind und städtebaulich für andere Dinge genutzt werden könnten.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte fest, dass Herr Ludolf der Absenkung auf 0,01 €/m²/Jahr zustimmt, diese jedoch auch kompensiert werden muss. Fraglich ist nun, ob die Erhöhung von 0,08 € auf 0,12 € adäquat ist. Über den Vorschlag von Herrn Schwabe, die Mehreinnahmen zur Rücklagenbildung zu nutzen, besteht bereits Einigkeit.

Herr Schönemann warnte davor, die Oberzentren Halle und Magdeburg mit Dessau-Roßlau zu vergleichen. Gründe dafür sind die Einkommensverhältnisse, Steuerkraft und anderer Dinge. Seitens der Landespolitik erfolgt in dieser Richtung kein Ausgleich. Es ist wichtig sich heute auf die Konzeptionsfortschreibung sowie eine Platzierung im Haushalt zu verständigen. Im Haushalt macht das ca. 5.000 € aus. Da man zwei Komponenten, die brachfallenden Gärten und die normale Pacht, gleichzeitig berät, ist es wichtig sich darauf zu verständigen diese beiden Dinge zu vereinheitlichen und mit diesem Ansatz den Stadtverband bei der Problemlösung zu unterstützen. Fraglich ist, ob eine Teilung notwendig ist oder ob man sich auf einen Ansatz einigen kann. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass es im Ausschuss für Finanzen eine Mehrheit für die differenzierte Sichtweise gab. **Herr Schönemann** entgegnete, dass auch 0,09 €/m²/Jahr oder 0,10 €/m²/Jahr für alles genommen werden könnten. Das wäre ein fairer Kompromiss für den Stadtverband und von jedem zu durchschauen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stellte fest, dass es sich hierbei um einen neuen Antrag handeln würde, über den heute abgestimmt werden müsste.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, stellte fest, dass es sich um 1,50 € Erhöhung handelt, von der in erster Linie Rentner betroffen sind. Vor dem Hintergrund der Rentenerhöhung im nächsten Jahr ist es natürlich, dass es bei einigen Abgaben auch eine Entwicklung geben muss. Ein Zusammenhang mit Asylbewerbern sei völlig deplatziert. Der im Ausschuss für Finanzen gefasste Kompromiss ist weitreichend. Des Weiteren merkte er an, dass die Beschlussvorlage der Fraktion Die Linken bereits zurückgezogen wurde aber heute dennoch auf der Tagesordnung steht.

Frau Benckenstein ging auf ihre vorherige Aussage ein und erklärte, dass es ihr darum ging, dass über diesen Zusammenhang fälschlicherweise diskutiert wird und sie lediglich den Zeitpunkt bemängelt. Dem Stadtrat sollte nicht unterstellt werden, dass Erhöhungen veranlasst werden, um woanders etwas zu finanzieren.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, dass es sich um eine sensible Entscheidung handelt, die eine große Flächenwirkung hat. Daher muss diese nach Außen ordentlich kommuniziert werden.

Herr Schwabe erklärte, dass die **CDU-Fraktion** die Beschlussvorlage im zweiten Punkt unterstützt und stellte den Antrag folgenden Beschlussvorschlag aufzunehmen: Der Differenzbetrag von 0,04 € auf den Erhöhungsbetrag von 0,12 € soll für Rücklagen genutzt werden, die Renaturierung und Gestaltungsplanung ermöglichen.

Herr Ludolf merkte an, dass immer weniger alte Leute einen Garten haben und immer wieder junge Menschen dazu kommen, die oftmals keine Arbeit haben. Der wachsende Leerstand ist dem geschuldet, dass ältere Bürger immer häufiger aufgeben, da sie es alleine nicht mehr schaffen. Bei jüngeren Personen besteht das Problem, dass sie sozial schwach sind.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte fest, dass man auch den Aspekt der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betrachten sollte. Es gibt ein Landeprogramm, für das ein regionaler Arbeitskreis gebildet wurde. Auch eine Berücksichtigung der Stadt im „Nahles-Programm“ wäre möglich. In der Vergangenheit hatte es dem Stadtverband geholfen, wenn Arbeitskräfte für notwendige Maßnahmen eingesetzt wurden. Das Thema Rückbau von Gärten sollte im regionalen Arbeitskreis thematisiert und als Punkt 6 in die Beschlussvorlage aufgenommen werden.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Aussage von Herrn Ludolf, dass viele der Pächter sozial schlecht gestellt sind. Eventuell könnte diesbezüglich innerhalb des Stadtverbandes eine Lösung gefunden werden, indem die Pachtzahlungen beispielsweise monatlich erfolgen. **Herr Ludolf** entgegnete, dass diese Möglichkeit bereits besteht.

Herr Schönemann bezog sich noch einmal auf das von ihm erwähnte Moratorium und erklärte, dass die Pachtzinsen keine Konsolidierungsmaßnahme bilden dürfen, da es sich hier auch um maßgebliche soziale Aspekte handelt. Das Kleingartenkonzept sollte in die Beschlussvorlage berücksichtigt werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras fasste im Ergebnis der Diskussion zusammen, dass die Beschlussvorlage um folgende Punkte ergänzt wird:

5. Der Differenzbetrag von 0,04 € wird als Rücklage für die Renaturierung und Gestaltungsplanung genutzt.

6. Die Stadt Dessau-Roßlau wird im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des regionalen Arbeitskreises darauf hinwirken, dass für diese Zwecke Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.

7. Das Kleingartenkonzept ist im Jahr 2016 fortzuschreiben.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ **Herr Oberbürgermeister Kuras** über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

- 8.3** **Entscheidung über die Annahme von Spenden, Zuwendungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA**
Vorlage: BV/342/2015/I-OB

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

-

- 8.4** **Entscheidung über die Annahme von Spenden, Zuwendungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA**
Vorlage: BV/354/2015/I-OB

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

-

**8.5 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Zuwendungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/371/2015/I-OB**

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

**8.6 Festlegung der Vertretungsregelung des Oberbürgermeisters
Vorlage: BV/311/2015/I-OB**

Einführend erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass die Festlegung der Vertretungsregelung vor der Bestellung der drei neuen Beigeordneten erforderlich ist, da diese unmittelbare Auswirkungen auf die Besoldung hat. Der Vorschlag der Verwaltung wurde u. a. unter Berücksichtigung der Dienstjahre, des Lebensalters und dem Bezug zur Stadt erstellt.

Abstimmungsergebnis: 06:00:03

-

**8.7 Gründung der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH, Zustimmung zum Gesellschaftsvertrag und Betrauungsakt, Entsendebeschluss Mitglieder Aufsichtsrat
Vorlage: BV/372/2015/I-07**

Herr Oberbürgermeister Kuras ging eingehend auf die aufwendigen formalrechtlichen Anforderungen ein. Die entsprechenden Papiere wurden erstellt, es fanden Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt statt und die entsprechenden Hinweise wurden beachtet. Ebenfalls wurde die verbindliche Auskunft des Finanzamtes beantragt. Nicht nur die Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaft könnten umsatzsteuerpflichtig sein, sondern auch die Personalkosten im Rahmen einer Gestellung. Diesbezüglich wurden umfangreiche Gespräche geführt und vom Finanzamt gab es zwischenzeitlich ein erstes positives Zeichen. Die verbindliche Auskunft, von der die Beschlussfassung im Stadtrat am 09.12.2015 abhängig ist, liegt voraussichtlich Mitte Dezember vor. Wenn diese im Sinne der Stadt ausfällt, kann eine bedingungslose Gründung beschlossen werden. Sollte das nicht der Fall sein, wird ein vorbehaltlicher Beschluss gefasst. Beim Betrauungsakt muss keine gesonderte Förderrichtlinie und somit keine Förderbescheide erstellt werden. Hier gibt es eine einfachere Lösung in Form eines Beihilfeberichtes. Des Weiteren wurde die Stelle des Geschäftsführers ausgeschrieben, wofür momentan 15 Bewerbungen vorliegen. Die Ausschreibungsfrist endet am 30.12.2015. Seitens der Fraktionen wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates benannt. Mit den von der Gründung betroffenen Verwaltungsmitarbeitern wurden am 19.11. und 20.11.2015 Gespräche geführt. Ebenfalls wurde der Personalrat einbezogen und nochmals alle Hintergründe erläutert. Weiterhin merkte Herr Oberbürgermeister Kuras an, dass mehr finanzielle Mittel als geplant notwendig sein werden. Vieles davon sind einmalige Kosten, u. a. für eine Erstausrüstung der Büros. Zur räumlichen Unterbringung der Gesellschaft erfolgten bereits Recherchen. Hinsichtlich der terminlichen Abfolge erklärte er, dass Anfang Januar 2016 eine konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates stattfindet, in welcher der Aufsichtsrat als Findungskommission für die Stelle des Geschäftsführers fungiert. Dabei könnte auch der neue Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur mit einbezogen werden. In der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 13.01.2015 erfolgt dann eine Information über den aktuellen Sachstand, jedoch wird zu diesem Zeitpunkt noch keine Entscheidung möglich sein. Aus diesem Grund gibt es den Vorschlag, am 28.01.2016 eine Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses durchzuführen, um dort über die Personalie des Geschäftsführers zu entscheiden. Zur notariellen Beurkundung der GmbH-Gründung ist die Teilnahme des Geschäftsführers erforderlich. Anschließend kann über die Personalgestellung gesprochen werden. Die Tourist-Information kann sofort über eine Gestellung zugeführt werden. In den Personalgesprächen ging hervor, dass es unter den Mitarbeitern die im Bereich Marketing arbeiten noch eine abwartende Haltung gibt. Die Gesellschaft sollte nicht mit den bisherigen Mitarbeitern aufgefüllt werden, um der Geschäftsführung noch Spielräume zu lassen. Es sollte jedoch auch nicht ausgeschlossen werden, einzelne geeignete Mitarbeiter eventuell für ein Jahr in die Gesellschaft zu geben, um nicht bei null anzufangen. Die Entscheidung liegt jedoch bei der Geschäftsführung.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, dass bereits ein Stadtmarketingkonzept thematisiert wurde, welches jetzt ein Unternehmenskonzept wäre und erfragte diesbezüglich den Sachstand. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass bereits eine Studie von IFT vorliegt. Dieses Konzept wurde noch nicht eingebracht, da es zunächst mit dem Aufsichtsrat besprochen werden muss. In den Grundzügen kann dem jedoch gefolgt werden. Der neue Beigeordnete sollte das Konzept dann in die erforderlichen Ausschüsse und in den Stadtrat einbringen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, gab an, dass er eine Priorisierung des Bereiches Wirtschaftsmarketing vermisst, er jedoch davon ausgeht, dass diese dann in der Satzung erkennbar ist. **Herr Oberbürgermeister Kuras** verwies auf die Beschlussvorlage und entgegnete, dass im Personalspiegel zwei VbE für das Wirtschaftsmarketing vorgesehen sind.

Hinsichtlich der Einbindung des zukünftigen Dezernenten merkte **Herr Adamek** an, dass eine Gesellschaft gewollt ist, die so weit wie möglich von der Verwaltung losgelöst arbeitet. Die Präsenz des Oberbürgermeisters wäre ausreichend. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass er beabsichtigt den Vorsitz im Aufsichtsrat bis auf weiteres zu behalten. Erst wenn die Gesellschaft wirklich läuft, könnte über eine Änderung nachgedacht werden. Die politische Einflussnahme sollte dennoch gering bleiben und nur die notwendige Arbeitsfähigkeit durch den Aufsichtsrat hergestellt werden. Inhaltlich muss die Geschäftsführung arbeiten.

Herr Schönemann ergänzte, dass die Stadtmarketinggesellschaft ein ergänzendes Instrument der Arbeit im Wirtschaftsbereich, ohne eine unmittelbare Einflussnahme sein sollte.

Herr Fackiner, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, stellte fest, dass ein enger Informationsaustausch mit dem Dezernat notwendig ist, damit beiden Seiten voneinander profitieren. Es sollte von einem konstruktiven Klima ausgegangen und nicht die Erfahrungen der letzten Jahre fortgeschrieben werden. Es ist wichtig, dass es eine Informationspflicht gibt und mitdiskutiert wird. Des Weiteren bezog er sich auf die Umsetzungsanträge von Mitarbeitern aus der Tourist-Information und fragte, ob dennoch ein Weiterbetrieb gesichert ist. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärte, dass es Einschränkungen geben wird. Die beiden Mitarbeiterinnen wollten aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr dort arbeiten und werden in andere Bereiche der Verwaltung wechseln. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, ergänzte, dass es sich in beiden Fällen um längerfristige Änderungsanträge gehandelt hat. Vor der Ausgliederung der Tourist-Information soll es jedoch keine Neueinstellung geben.

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte in diesem Zusammenhang an, dass die Zeitspanne der Übergangszeit möglichst gering gehalten werden muss und aus diesem Grund die Sondersitzung am 28.01.2016 notwendig ist. Der Aufsichtsrat wird die erste Zeit mit der Herstellung der schnellen Arbeitsfähigkeit der Gesellschaft beschäftigt sein.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

-

- 8.8 Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau-Roßlau in den Ortschaften Brambach und Rodleben
Vorlage: BV/301/2015/II-30**

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

- 8.9 1. Änderung der Satzung über den Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/283/2015/II-37**

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

-

- 8.10 Berufung der Stadtwehrleitung der Freiwilligen Feuerwehr in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: BV/288/2015/II-37**

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

- 8.11 Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2016 bis 2018**
Vorlage: BV/223/2015/II-EB

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

-

- 8.12 1. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung**
Vorlage: BV/224/2015/II-EB

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sprach dem Stadtpflegebetrieb für die Installation von Schildern, welche die Kehrzeiten signalisieren, seinen Dank aus.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

- 8.13 Schulentwicklungsplanung (SEPI) für berufsbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau im Planungszeitraum 2016/2017 bis 2020/2021**
Vorlage: BV/330/2015/V-40

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Sport, merkte einfürend an, dass die Schulentwicklungsplanung in diesem Planungszeitraum stabile Schülerzahlen, mit ca. 2.600 Teil- und Vollzeitschülern, ausweist. Im Schnitt sind das ca. 1.600 Vollzeitschüler. Auch das Ausbildungsangebot ist stabil. In den letzten Jahren gab es Diskussionen um den Ausbildungsberuf Koch. Im Schuljahr 2015/2016 wird es diese Ausbildung wieder in Dessau-Roßlau geben, was für die Landkreise Anhalt-

Bitterfeld und Wittenberg jedoch nicht positiv ist. Der Standort Dessau-Roßlau ist somit für die nächsten Jahre stabil. Für das Schuljahr 2015/2016 wurde die Fusionierung der berufsbildenden Schulen I und II umgesetzt. Die Benehmensherstellung mit dem Städtelternrat, dem Stadtschülerrat, dem Landesschulamts, der Kreishandwerkerschaft, der Bundesagentur für Arbeit sowie den Landkreisen fanden statt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erfragte den Fortgang der Erzieherausbildung. **Frau Wendeborn** erklärte, dass der Beruf nach wie vor als Vollzeitmaßnahme ausgebildet wird. Das Land Sachsen-Anhalt bietet momentan ein Modellprojekt als duale Ausbildung an, welches bereits in Halle umgesetzt wird. Die Stadt Dessau-Roßlau interessiert sich ebenfalls für dieses Projekt. Diesbezüglich fanden bereits Gespräche statt. Wann das Projekt aufgenommen werden kann, wird in den nächsten Wochen und Monaten evaluiert.

Hinsichtlich der Konkurrenz zu den anderen Landkreisen ergänzte **Frau Wendeborn**, dass 40 bis 50 % der Auszubildenden aus den umliegenden Landkreisen kommen und diese für die Bestandsfähigkeit der Schule notwendig sind.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

-

8.14 Landesgartenschau 2022 - Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie Vorlage: BV/341/2015/VI-61

Herr Oberbürgermeister Kuras merkte einleitend an, dass vom Wirtschafts- und Industrieclub der Stadt vorgeschlagen wurde, sich für die Landesgartenschau zu bewerben. Von den Fraktionsvorsitzenden wurde dieser Vorschlag befürwortet. Ein erstes Gespräch mit dem Landwirtschafts- und Umweltminister hat bereits stattgefunden. Es wird eine Ausschreibung geben und voraussichtlich im September 2016 wird dann der Termin festgelegt, bis wann die Bewerbung zu erfolgen hat. Der erste Schritt ist eine Machbarkeitsstudie, bei der die inhaltlichen und räumlichen Möglichkeiten überprüft werden. Seitens der Wirtschaft wurde angeboten die Hälfte der Kosten für diese Machbarkeitsstudie, die im Gesamten etwa bei 40.000 € liegen, zu

übernehmen. Das Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste hat sich bereit erklärt, die inhaltlichen Dinge zu klären.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragte, ob grundsätzlich auf die bereits konzipierten Dinge aufgesetzt wird. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung, Denkmalschutz und Geodienste**, erklärte, dass man sich inhaltlich in Teilen vom Ansatz für die Gartenschau im Jahr 2010 verabschiedet hat. Damals hatte man sich stark auf die Stadtumbauflächen bezogen und ist wahrscheinlich nicht weitergekommen, weil viele Eigentumsfragen ungeklärt waren. Jetzt hat man sich auf die politischen Beschlussfassungen bezogen und das Augenmerk vordergründig auf die Innenstadt gelegt. Seit Mai wurden u. a. mit Ämtern der Stadtverwaltung und der Biosphärenreservatsverwaltung Gespräche geführt, um Inhalte zusammenzuführen. Die daraus entstandenen möglichen Geltungsbereiche sind der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt. Durch die verstärkte Orientierung auf die Innenstadt könnten Wunden geheilt werden, die unter normalen Bedingungen nicht angepackt werden könnten.

Herr Oberbürgermeister Kuras ergänzte, dass man mit einem interdisziplinären Ansatz gut beraten wäre. Das dezentrale Prinzip ist mit vielen Schwächen verbunden, was an der kritischen Berichterstattung zur Bundesgartenschau in Havelberg zu erkennen war. In dem Runderlass wird die Bewältigung der Folgekosten sehr stark abgehoben. Das Land will keine blühenden Landschaften schaffen, die hinterher nicht gepflegt werden können. Auch darauf muss geachtet werden.

Frau Jahn verwies darauf, dass der Wirtschafts- und Industrieclub bereits eine Website entwickelt hat, die mit Inhalten der Beschlussvorlage gefüllt ist. Damit soll bereits Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

-

**8.15 Neuabschluss des Generalpachtvertrages zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und dem Stadtverband der Gartenfreunde Dessau e. V.
Vorlage: BV/219/2015/VI-66**

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, erklärte, dass dieser Vertrag die Grundsätze des Pachtverhältnisses zwischen dem Stadtverband der Gartenfreunde und der Stadt Dessau-Roßlau regelt. Aufgrund der Aktualisierung von Rechtsnormen und Regularien sowie durch Praxiserfahrungen musste der Vertrag angepasst werden. Eine letzte Anpassung erfolgte im Jahr 1994. Es gab eine ausführliche Diskussion mit dem Stadtverband der Gartenfreunde und man ist zu einer einvernehmlichen Lösung gekommen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

-

**8.16 Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2018 als Bestandteil der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)
Vorlage: BV/332/2015/VI-66**

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

-

- 8.17** **Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau "(Abwassersatzung)" und Änderung der "Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)"**
Vorlage: BV/305/2015/VI-66

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

- 8.18** **Änderung der Satzung über den Ausschluss und die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Verfügungsberechtigten von Grundstücken in der Stadt Dessau-Roßlau (Ausschlusssatzung Abwasser)**
Vorlage: BV/304/2015/VI-66

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

-

Die Sitzung wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Kuras** um 19:26 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 26.01.16

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schifführer